



Vergessene Untaten, verpasste Chancen

Warum ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland überfällig ist

VON MALTE LEHMING

Sie wurden drangsaliert, bespitzelt, eingesperrt. Die Stasi verfügte über 17 Gefängnisse, in denen Inhaftierte oft wochenlang isoliert blieben. Bei Fluchtversuchen in den freien Westen wurden allein an der Berliner Mauer weit mehr als hundert Menschen erschossen. All das ist bekannt. Nur der Opfer wird nicht gedacht, jedenfalls nicht an einem zentralen Ort in der deutschen Hauptstadt. Es ist ein Skandal, der von Ignoranz, Hartherzigkeit und Unschuldswusstsein zeugt. Bis heute.

Im November 2014 forderten Opferverbände und frühere DDR-Bürgerrechtler ein „Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland“. Den Aufruf mit mehr als 1500 Unterschriften übergaben sie an den damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. Es dauerte weitere fünf Jahre, bis der Deutsche Bundestag am 13. Dezember 2019 mit großer Mehrheit die Errichtung eines solchen Mahnmals beschloss. Dafür stimmten die Abgeordneten von Union, SPD und FDP, AfD und Grüne enthielten sich, die Linke votierte dagegen.

Dann wurde es kompliziert. Die Verantwortung für die Umsetzung des Beschlusses übertrug der Bundestag an die damalige Bundesregierung, vertreten durch Kulturstaatsministerin Monika Grütters. Die wiederum beauftragte die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, im engen Zusammenwirken mit der Union der Op-

ferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), die Umsetzung des Projektes zu begleiten. Dafür wurde eine bei der Bundesstiftung angesiedelte Koordinierungsstelle eingerichtet, die wiederum von einem neunköpfigen Beirat unterstützt wird.

Ein Jahr nach dem Bundestagsbeschluss, am 15. Dezember 2020, war ein Konzept für das Mahnmal erstellt und an Grütters übergeben worden. Es sieht einen Gedenkort in der Mitte Berlins vor, der aus drei Teilen besteht: dem Mahnmal selbst, einem Informationsangebot und einer digitalen Dokumentation. Geht also alles seinen geordneten Gang? Keineswegs.

Im Bund ist jetzt eine neue Regierung an der Macht, in deren Koalitionsvertrag kein Wort zu dem Mahnmal steht. Ob sich Claudia Roth, die neue Kulturstaatsministerin, mit der Aufgabe bereits befasst hat, weiß keiner. Auch fehlen prominente Personen, die das Projekt vorantreiben. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier könnte hier durchaus einen mutigen Akzent setzen. Denn Fürsprecher sind nötig, mehr denn je.

Zentral für die Realisierung des Mahnmals ist die Frage des Standorts. Erst wenn die geklärt ist, kann es eine bauliche Prüfung, eine Ausschreibung, einen Gestaltungswettbewerb und eine Grundsteinlegung geben. Die war ursprünglich für den 17. Juni 2023 geplant, den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR. Eine Million Menschen protestierten damals gegen die politischen und ökonomischen Verhältnisse. Doch dieser Termin

lässt sich nicht halten.

Dass der Standort zentral sein muss, versteht sich von selbst. Präferiert wird ein Grundstück zwischen Scheidemannstraße und Bundeskanzleramt entlang der Heinrich-von-Gagern-Straße. Koordinierungsstelle, Beirat, die UOKG, die Bundesstiftung sowie der Kulturausschuss des Bundestages haben sich im Juni 2021 einhellig dafür ausgesprochen. Das Gelände gehört dem Bezirk Mitte.

Dort aber gibt es Bedenken. Dem Tagesspiegel teilt der Bezirk mit: „Nimmt man die Scheidemann-

Der 17. Juni 2023 als Tag der Grundsteinlegung lässt sich nicht halten

straße als südliche Eingrenzung und die Heinrich-von-Gagern-Straße als westliche Begrenzung, dann kommt nur die Fläche des Platzes der Republik in Frage. Diese ist eine öffentlich gewidmete Grünanlage und gehört dem Bezirk Mitte. Die Bebauung einer öffentlichen Grünanlage ist rechtlich nicht vorgesehen.“ Überdies sei die vorhandene Gestaltung urheberrechtlich geschützt. „Die bestehenden Sichtachsen zwischen Exekutive und Legislative (...) würden mit der Errichtung des geplanten Mahnmals nachhaltig gestört.“ Das Projekt werde daher „als problematisch eingestuft“.

Wie geht es weiter? Im Bezirk Mitte heißt es, das sei letztlich eine politische Frage. Der Bund etwa

müsse an den Bezirk herantreten und eine Umwidmung der Grünfläche beantragen. Auch das Landesdenkmalamt hätte ein Wörtchen mitzureden.

Anna Kaminsky, die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sagt: „Die Argumentation des Bezirks Mitte ist in mehrfacher Hinsicht irritierend. Es war zu keinem Zeitpunkt in der Diskussion, das Denkmal auf dem Platz der Republik zu errichten. Der eigentlich vorgesehene Standort zwischen Bundeskanzleramt und Tiergarten ist heute eine Grünanlage, die nach unserer Kenntnis nicht unter besonderem Schutz steht. Die Fläche bietet genug Platz für das Denkmal, ohne dass die Skulpturen des ‚Symposiums europäischer Bildhauer‘ beeinträchtigt würden.“

Es ist offenbar höchste Zeit, dass sich Bundesstiftung und Bezirk zusammensetzen, um Klarheit zu schaffen. Was bis dahin bleibt, ist ein schwacher Trost. Die digitale Begleitplattform könnte mit einer ersten Version, die rund 80 Biografien umfasst, am 17. Juni 2023, zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes, an den Start gehen.

Eine Kollegin, deren Finanzierung bis Ende des Jahres gesichert sei, arbeite daran, die Daten einzugeben, sagt Anna Kaminsky. Es gehe vor allem darum, eine zeitlich und räumlich ausgewogene Auswahl an Einzelschicksalen zu dokumentieren. Knapp 33 Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft steht das vereinte Deutschland mit dem Gedenken an deren Opfer noch ziemlich am Anfang.